

**Zahlreiche Beschwerden über »Einkesselung« Friedberg**  
(ütz).

Von Bürgermeister Michael Keller und vom Ersten Stadtrat Peter Ziebarth gab es Lob für den Einsatz der Polizei bei der NPD-Demonstration am vergangenen Samstag (die WZ berichtete gestern); aber auch viele kritische Stimmen sind nicht zu überhören. Darunter auch die des Ersten Stadtrats von Karben, Dr. Gerd Rippen (Grüne), der sogar Strafanzeige gegen die Polizei gestellt hat. Hauptkritikpunkt: Die Polizei habe nicht nur Gegendemonstranten »eingekesselt«, sondern auch normale Passanten, die nur einkaufen waren und stundenlang festgehalten wurden. Der Pressesprecher der Polizei in Friedberg, Willi Schwarz, bestätigte, dass zahlreiche Beschwerden in Form von Anrufen und E-Mails eingegangen seien. Sie würden alle geprüft, was noch einige Tage dauern werde.

Eine WZ-Leserin berichtete gestern, dass sie nach dem Abzug der NPD neben der Burg versucht habe, auf dem Bürgersteig vom Theologischen Seminar aus zu ihrem Auto in der Fichtenstraße zu kommen, um nach Hause zu fahren. Dabei sei ihr von einer Polizeisperre der Durchgang verwehrt und erklärt worden, auf der anderen, westlichen Straßenseite sei noch ein Durchkommen möglich. »Dazu bekam ich von den Beamten das Absperrgitter zur Seite geschoben, um mich durchzulassen.« Nur: Auf der Gegenseite habe es ebenfalls kein Weiterkommen gegeben.

Erst um 16.51 Uhr habe sie ihren Mann angerufen, um ihm mitzuteilen, dass sie nun außerhalb des »Kessels« sei. Davor habe sich darin kein Beamter gefunden, der ihre Personalien feststellen konnte. Was ihr passiert sei, sei ein »unwürdiges Hin- und Herschicken von einem Beamten zum anderen« gewesen mit Hinweisen, man wisse nicht, wer die Personalien aufnehmen könne.

»Ich habe nach Personalien der Beamten gefragt, nach Namen, nach Polizei-Nummern, nach Einsatzleitern«, berichtete die Frau. Doch nichts sei geschehen. Sie habe sich noch in dem Polizeigürtel befunden, als die NPD-Demonstrierer schon im Zug saßen. »Wie beruhigend, dass die Freiheitsrechte der Nazis gewahrt waren, die bereits in einem warmen Zug sitzen konnten, während ich immer noch im Kessel von Friedberg festgehalten wurde«, so die Frau.

Sie sei fast 70 Jahre alt und habe schließlich eine außerordentliche Personenfeststellung erlebt. Zuerst seien ihre Personalien nach der Vorlage ihres Ausweises schriftlich festgehalten worden. Danach habe ein zweiter Beamter den Ausweis auf der Vorder- und Rückseite fotografiert. »Dann musste ich mich vor einen Einsatzwagen stellen und wurde von oben bis unten gefilmt. Und ich wurde nicht darauf hingewiesen, weshalb ich mich dieser Prozedur unterziehen musste, welcher Straftat man mich beschuldigte. Was ja immerhin jedem Tatverdächtigen, soweit ich weiß, zusteht«, so die Frau.

Rippen berichtet Ähnliches. Nach zeitweiser Teilnahme an der Gegendemonstration an und auf der Kaiserstraße - was ein in der Verfassung verbrieftes Recht sei - hätten er und seine Frau versucht, sich in Richtung Kreishaus und Bahnhof entfernen. Dies sei ihnen beiden durch eine Polizeisperre in Höhe der Usagasse ohne Angabe von Gründen verwehrt worden.

Da zu diesem Zeitpunkt gegen 14.30 Uhr die Kaiserstraße von der NPD-Demonstration schon über die Seewiese umgangen werden sollte, habe die Polizeisperre nur den Zweck gehabt, »Gegendemonstranten einzukesseln, ihrer Freiheit zu berauben und einzuschüchtern«. Der Tatbestand der Freiheitsberaubung und Nötigung sei somit erfüllt, weshalb er und seine Frau Strafanzeige gestellt hätten.

Polizeisprecher Schwarz sagte dazu, die Gegendemonstranten seien vorab in der Presse und auch am Samstag selbst mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Polizei verpflichtet sei, den Weg für die NPD-Demonstration freizuhalten und dass gemäß dem Versammlungsgesetz die Blockierer eine Straftat begehen. Schwarz:

»Sie haben eine genehmigte Demonstration gestört.« Die Blockierer seien daher wiederholt aufgefordert worden, den Weg freizugeben. Einige von ihnen seien von der Kaiserstraße auf die Bürgersteige gelaufen und dann wieder zurückgekommen. Daher sei es erforderlich geworden, auch dort Personalien im Rahmen von vorläufigen Festnahmen zu überprüfen: »Das ist nicht anders als bei Verkehrskontrollen.«

Schwarz mochte nicht ausschließen, dass auch Unbeteiligte über Gebühr lange festgehalten wurden. Es werde eine interne Aufarbeitung des Einsatzes vom Samstag geben, und dabei werde man auch allen Beschwerden, »die wir sehr ernst nehmen«, nachgehen. »Gegebenenfalls werden wir uns entschuldigen«, so Schwarz. Allerdings werde dies einige Tage in Anspruch nehmen. Denn die Polizeieinheiten seien aus ganz Hessen gekommen, und man müsse sich nun darum bemühen, die Stellungnahmen von den jeweiligen Einsatzleitern zu erhalten.